



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

| | |
|------------------------|----------------------------|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 07.12.2017 |
| Sitzungsbeginn: | 19:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:55 Uhr |
| Ort, Raum: | Bürgersaal des Stadthauses |
| Sitzungsnummer | HFA/017/17 |

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Entwurf des Kreishaushaltes
- 1.2 Verwaltungsgebäude AWW
- 2 4. Zwischenbericht zum Sachstand des kreisweiten Prozesses der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau
Beschlissen durch Magistrat am 15.11.2017
Vorlage: 0243/S/17
- 3 Kenntnissnahme des 2. Finanzberichts 2017 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO
Beschlissen durch Magistrat am 15.11.2017
Der Finanzbericht wurde den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats bereits am 08.11.2017 ausgehändigt
Vorlage: 0252/S/17
- 4 Ausreichende Finanzierung der Kommunen im Zuge der Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten durch das Land Hessen
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2017, eingegangen am 18.09.2017 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2017, eingegangen am 16.10.2017 sowie gemeinsamer Resolutionsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017
Vorlage: 0208/S/17
- 5 Förderung der Innenentwicklung in der Kernstadt - Optimierung des Flächenpotenzials
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2017, eingegangen am 09.08.2017 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2017, eingegangen am 28.08.2017
Vorlage: 0183/S/17
- 6 Änderung der bisherigen Darstellung des Haushaltes im PDF-Format (auf der Homepage der Stadt Gernsheim) auf digitales Format
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.11.2017, eingegangen am 02.11.2017
Vorlage: 0244/S/17

- 7 Radweg entlang des Berlewegs
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Allmendfeld vom
15.06.2017, eingegangen am 29.09.2017
Vorlage: 0215/S/17
- 8 Neufassung der Ehrungsordnung der Schöfferstadt Gernsheim
Beschlossen durch Magistrat am 18.10.2017
Vorlage: 0217/S/17
- 9 2. Änderung der Gebührensatzung zur Friedhofsordnung der
Schöfferstadt Gernsheim
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0230/S/17
- 10 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage
Östlich der Ringstraße - 2. Abschnitt“
a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2
Baugesetzbuch (BauGB) und der berührten Behörden und Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO)
und 10 Baugesetzbuch (BauGB)
Beschlossen durch Magistrat am 31.05.2017
Vorlage: 0096/S/17
- 11 Renovierung/Neustrukturierung Stützpunktfeuerwache Gernsheim;
Antrag der FDP-Fraktion vom 29.09.2017, eingegangen am 16.10.2017
Vorlage: 0228/S/17
- 12 Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der
Schöfferstadt Gernsheim
Beschlossen durch Magistrat am 15.11.2017
Vorlage: 0245/S/17
- 13 Neufassung der Wasserversorgungssatzung zum 01.01.2018
Beschlossen durch Magistrat am 15.11.2017
Vorlage: 0251/S/17
- 13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Hebesatzsatzung und zur
Haushaltssatzung 2018 vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017
Vorlage: 0234/S/17-01
- 14 Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer –
Hebesatzsatzung-
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0234/S/17
- 15 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der
Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2016 – 2021 einschließlich
aller eingegangenen Anträge
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0235/S/17
- 15 Bereitstellung von Haushaltsmitteln und die Aufnahme der Kosten für die
Renovierung bzw. Neustrukturierung Stützpunktfeuerwache Gernsheim in
die Investitionsplanung
Antrag der FDP-Fraktion vom 29.09.2017, eingegangen am 02.10.2017

- Vorlage: 0236/S/17-01
- 15 Beleuchtung öffentlicher Wege am Kaffeedamm
Antrag der FDP-Fraktion vom 09.11.2017, eingegangen am 10.11.2017
Vorlage: 0236/S/17-02
- 15 Anpflanzung einer Baumreihe entlang des Fuß-, Rad- und
Wirtschaftsweges zwischen Klein-Rohrheim und Maria-Einsiedel
Antrag der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 12.11.2017,
eingegangen am 14.11.2017
Vorlage: 0236/S/17-03
- 15 Radweg zwischen Mittelweg und Berleweg
Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld vom 13.11.2017,
eingegangen am 20.11.2017
Vorlage: 0236/S/17-04
- 15 Neuanlage des Europagartens mit Beregnungssystem im Rahmen eines
Pilotprojektes
Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2017, eingegangen am 22.11.2017
Vorlage: 0236/S/17-05
- 15 Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2018
Vorlage: 0236/S/17-06
- 16 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen
Anlagen für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich aller eingegangenen
Anträge
Beschlissen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0236/S/17
- 17 An- und Verkauf von Grundstücken
Beschlissen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0232/S/17

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau Vorsitzende Draut begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht festgestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Frau Vorsitzende fest, dass folgende Damen und Herren Ausschuss-Mitglieder stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Frau Nicolai, Frau Bonifer, Herr Geiger

Für die SPD-Fraktion: Frau Draut, Herr Jirele

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Bornhofen

Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung abzusetzen. Er teilt diesbezüglich mit, dass am heutigen

Tag ein gleichlautender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingegangen sei, der im Januar 2018 auf die Tagesordnung genommen wird.

Des Weiteren beantragt er, den Tagesordnungspunkt 17 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Absetzung des TOP 7 von der Tagesordnung: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Behandlung des Tagesordnungspunktes 17 in nicht öffentlicher Sitzung: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

1 Bericht des Magistrats

1.1 Entwurf des Kreishaushaltes

Bezüglich des Haushaltsentwurfs des Kreises Groß-Gerau geht Herr Bürgermeister Burger auf folgende Punkte ein:
Hessenkasse, Stellenplan, Freiwillige Aufgaben, Schlüsselzuweisung, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, Kreis- und Schulumlage, Kreisklinik, Investitionsprogramm/Verpflichtungsermächtigungen, Änderung der Haushaltssatzung sowie auf die von den Bürgermeistern im Kreis Groß-Gerau abgegebene Stellungnahme, die von erheblichen Bedenken getragen ist.

**2 4. Zwischenbericht zum Sachstand des kreisweiten Prozesses der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau
Beschlissen durch Magistrat am 15.11.2017
Vorlage: 0243/S/17**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim nimmt den 4. Zwischenbericht zum kreisweiten Prozess der interkommunalen Zusammenarbeit

im Kreis Groß-Gerau, Stand Oktober 2017, zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen

- 3** **Kenntnisnahme des 2. Finanzberichts 2017 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO**
Beschlossen durch Magistrat am 15.11.2017
Der Finanzbericht wurde den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats bereits am 08.11.2017 ausgehändigt
Vorlage: 0252/S/17

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 2. Finanzbericht 2017 zum Buchungsstand 24.10.2017 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen

- 4** **Ausreichende Finanzierung der Kommunen im Zuge der Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten durch das Land Hessen**
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2017, eingegangen am 18.09.2017 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2017, eingegangen am 16.10.2017 sowie gemeinsamer Resolutionsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017
Vorlage: 0208/S/17

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.11.2017 wurde im Rahmen der Aussprache vereinbart, dass ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen vorgelegt wird.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird nunmehr seitens der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP folgender gemeinsamer Resolutionsantrag vorgelegt:

"Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten in Hessen grundsätzlich. Sie lehnt allerdings ab, dass 155.000.000,00 € der dafür notwendigen Finanzmittel durch die Kommunen selbst getragen werden müssen, da diese dringend für die Verbesserung der Qualität der Betreuungseinrichtungen und als

Unterstützung für den Ausbau des Betreuungsplatzangebots vor Ort benötigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung Gernsheim fordert das Land Hessen auf, alle im Zuge der Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten für die Kommunen anfallenden Kosten vollständig zu übernehmen.

Des Weiteren wird die hessische Landesregierung aufgefordert, den Städten und Gemeinden keine Verpflichtungserklärung abzuverlangen, wonach die Kommunen auf eine Gebühr für eine sechsstündige Betreuung gänzlich verzichten sollen.

Den Kommunen muss weiterhin die Gebührenhoheit verbleiben, um auch zukünftig qualitative Unterschiede in der Kinderbetreuung durch einen zusätzlichen Elternanteil zu erhalten.

Der avisierte Betrag von 136 € kann allenfalls als Finanzierung für eine Basis-Betreuung gesehen werden.

In einem pauschalen Verzicht auf Elterngebühren wird eine Gefährdung für die Vielfalt der Betreuungsangebote und die Wahlfreiheit der Eltern heraufbeschworen. „

Ebenfalls in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.11. wurde seitens der SPD-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

„Wir beantragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Resolution:

“Der Magistrat wird gebeten, über die kommunalen Spitzenverbände seinen Einfluss auf die Hessische Landesregierung und die Landtagsabgeordneten geltend zu machen, damit die geplante finanzielle Entlastung der Eltern nicht durch eine Entnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich, auch nicht anteilmäßig, finanziert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert entschieden, dass das Land bei der Verkündung der Initiative den Eindruck erweckt hat, dass die Kindergartengebühren für die Eltern nun gänzlich entfallen würden. Jedoch sind mit einer pauschalen Erstattung von 136 € die Beiträge der Eltern zu einem Ganztagsplatz nicht abgedeckt.

Ein weiteres Mal schädigt die Hessische Landesregierung damit nachhaltig das Vertrauen in die Politik.

Dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren vom Land Hessen überhaupt nicht in den Blick genommen wird kritisiert die Stadtverordnetenversammlung als familien- und bildungspolitisch kurzsichtig.

Dies und die vom Land angekündigte Gebührenerstattung für lediglich sechs Stunden Betreuungszeit der 3- bis 6-Jährigen sind aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung ein Zeugnis für die Unkenntnis der Hessischen Landesregierung über den tatsächlichen Betreuungsbedarf in den hessischen Kommunen.

Da die kommunalen Spitzenverbände als Vertreter der für die Jugendhilfe zuständigen Kommunen nicht ausreichend angehört wurden, fordert die Stadtverordnetenversammlung den Landesgesetzgeber auf, dies chnellstmöglich im Rahmen des weiteren Verfahrens nachzuholen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen weiterhin auf, statt dem vorgeschlagenen untauglichen Finanzierungsmodell ihren Anteil an den Betriebskosten der Kindertagesstätten schrittweise zu erhöhen und den Kommunen damit die Möglichkeit zu geben, den dringend notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung weiter voranzubringen und gleichzeitig die Eltern zu entlasten.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2017: Ablehnung

Ja-Stimmen : 2 (SPD)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Resolutionsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.11.2017 bzw. 07.12.2017: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (SPD)
Enthaltung : -

Förderung der Innenentwicklung in der Kernstadt - Optimierung des Flächenpotenzials

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.08.2017, eingegangen am 09.08.2017 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2017, eingegangen am 28.08.2017

Vorlage: 0183/S/17

5

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

“Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim stellt ab sofort Mittel für die Innenentwicklung aus dem Produkt 57101 bereit, damit Interessenten, deren Immobilien im vorgesehenen Gebiet des Stadtumbaus, das von der Stadtverordnetenversammlung als Auftragsgebiet bestimmt wurde, Zuschüsse beantragen können. In den Haushaltsjahren 2017 - 2031 wird dieses Programm aus dem fortgeschriebenen Produkt 57101

weitergeführt.

Förderung der Innenentwicklung bedeutet, dass die Stadt Gernsheim bei privaten Häusern in der Kernstadt, die zur gesamthaften Verbesserung der Kernstadt und zur Beschaffung modernen Wohnraums modernisiert werden müssen, die Initiative ergreift, Bauherren berät und mit Zuschüssen Baumaßnahmen im Sinne der Optimierung des Flächenpotenzials fördert.

Die Umsetzungsmöglichkeiten erfolgen in enger Abstimmung mit der „Magistratskommission zur Kernstadtentwicklung Gernsheim“

Des Weiteren wird seitens der SPD-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

“Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim stellt ab sofort Mittel für die Innenentwicklung aus dem Produkt 57101 bereit, damit Interessenten, deren Immobilien im vorgesehenen Gebiet des Stadtumbaus, das von der Stadtverordnetenversammlung als Auftragsgebiet bestimmt wurde, Zuschüsse beantragen können. In den Haushaltsjahren 2017 - 2026 wird dieses Programm aus dem fortgeschriebenen Produkt 57101 weitergeführt.

Als Anlauf-Summe sind zunächst 80.000 € vorzusehen.

Förderung der Innenentwicklung bedeutet, dass die Stadt Gernsheim bei privaten Häusern in der Kernstadt, die zur gesamthaften Verbesserung der Kernstadt und zur Beschaffung modernen Wohnraums modernisiert werden müssen, die Initiative ergreift, Bauherren berät und mit Zuschüssen Baumaßnahmen im Sinne der Optimierung des Flächenpotenzials fördert.

Die genauen Modalitäten der Förderung im Hinblick auf Beantragung, Vergabe, Überwachung usw. sollte der Magistrat festlegen.

Nachfolgend zwei Beispiele der Förderungsmöglichkeit, welche vom Magistrat auf Praktikabilität zu überprüfen sind:

- Die Stadt fördert die Kosten für die umfassende Modernisierung von Wohngebäuden z. B. der Baujahre 1945 - 1965 für eine zeitgemäße Nutzung als Wohnraum mit 10% der Nettokosten (max. 10.000 Euro, pro Kind weitere 1.000 Euro)
- Die Stadt fördert die Kosten für den Abbruch nicht erhaltenswerter, ehemals zum Teil landwirtschaftlich genutzter Gebäude z. B. der Baujahre 1960 - 1975, wenn anschließend auf dem Grundstück Wohngebäude erstellt werden, mit 50% der Nettokosten (max. 1 0.000 Euro).

Die Umsetzungsmöglichkeiten erfolgen in enger Abstimmung mit der Magistratskommission zur Kernstadtentwicklung Gernsheim" .

Im Rahmen der Aussprache zieht Herr Jirele für die SPD-Fraktion den Antrag zurück.

**6 Änderung der bisherigen Darstellung des Haushaltes im PDF-Format
(auf der Homepage der Stadt Gernsheim) auf digitales Format
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.11.2017, eingegangen am 02.11.2017
Vorlage: 0244/S/17**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Der Magistrat wird gebeten, die bisherige Darstellung des Haushaltes im PDF-Format (Homepage der Stadtverwaltung Gernsheim) auf digitales Format umzustellen und die entsprechenden Plattformen zu nutzen.

Als repräsentatives Beispiel sei die digitale Präsentation des Haushaltes der Kommunen Hofheim a.T. oder Rotenburg a.d.F. angeführt:
<https://hofheim.haushaltsdaten.de/2017/>
oder <https://rotenburg.haushaltsdaten.de/2017/>.“

Nach der Zusage durch Herrn Bürgermeister Burger, dass die Darstellung des Haushaltsplans ab 2019 in digitaler Form erfolgen soll, zieht Herr Jirele für die SPD-Fraktion den Antrag zurück.

**7 Radweg entlang des Berlewegs
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Allmendfeld
vom 15.06.2017, eingegangen am 29.09.2017
Vorlage: 0215/S/17**

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass dieser Antrag in der Sitzung des Ortsbeirates Allmendfeld am 20.11.2017 abgelehnt wurde. Somit hätte dieser Antrag seitens der Verwaltung nicht auf die Tagesordnung des Bauausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses sowie der Stadtverordnetenversammlung in der Dezember-Runde 2017 genommen werden dürfen. Außerdem bestehe für die Mitglieder des Ortsbeirates kein Antragsrecht.

Aus diesem Grund beantragt Herr Bürgermeister Burger die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**8 Neufassung der Ehrungsordnung der Schöfferstadt Gernsheim
Beschlossen durch Magistrat am 18.10.2017
Vorlage: 0217/S/17**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Ehrungsordnung der Schöfferstadt Gernsheim.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**9 2. Änderung der Gebührensatzung zur Friedhofsordnung der
Schöfferstadt Gernsheim
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0230/S/17**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 2. Änderung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Schöfferstadt Gernsheim in der beigefügten Fassung. Diese 2. Änderungssatzung tritt am Tage nach der Vollendung ihrer Bekanntmachung in Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Stadtrat Heinrich Adler verlässt wegen Interessenkollision den Sitzungssaal.

**10 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung
„Wohnanlage Östlich der Ringstraße - 2. Abschnitt“**

a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und 10 Baugesetzbuch (BauGB)
Beschlossen durch Magistrat am 31.05.2017
Vorlage: 0096/S/17

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Beschlussfassungen zu a):

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Beschlussempfehlungen zu den vorliegenden Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) und der eingegangenen Stellungnahmen während der Auslegungsfrist (§ 3 Abs. 2 BauGB) gemäß Anlage zu.

Beschlussfassung zu b):

Nachdem der Entwurf zur Aufstellung des Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage Östlich der Ringstraße - 2. Abschnitt“ mit Begründung sowie Umweltbericht und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich ausgelegt hat, der Öffentlichkeit und den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, die vorliegenden Stellungnahmen von der Stadtverordnetenversammlung durch Beratung und Beschlussfassung abgewogen wurden, beschließt die Stadtverordnetenversammlung den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans „Wohnanlage östlich der Ringstraße – 2. Abschnitt“ mit Begründung einschließlich der Aufnahme bauordnungsrechtlicher Festsetzungen nach § 81 der Hessischen Bauordnung gemäß § 5 HGO und § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch als Satzung. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplans als Satzung ortsüblich bekannt zu machen und die Rechtskraft herbeizuführen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Stadtrat Adler nimmt wieder an der Sitzung teil

**Antrag der FDP-Fraktion vom 29.09.2017, eingegangen am 16.10.2017
Vorlage: 0228/S/17**

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass am 08.12.2017 ein erneutes Gespräch mit der Einsatzleitung der Feuerwehr, dem Leiter des Ordnungsamtes und ihm stattfinden soll. Ziel des Gesprächs soll es sein, die Planung auf der Basis der von Frau Preuk vorgestellten Machbarkeitsstudie nochmals zu erläutern und das Für und Wider einer Sanierung zu diskutieren. Seitens des Bauamtes wurde hierzu eine Kostenschätzung ausgearbeitet. Bereits jetzt sei klar, dass ein Neubau der Stützpunktfeuerwache signifikant teurer wäre als eine Sanierung.

Aus diesen Gründen bittet Herr Burger darum, über die Vorlage 0228/S/17 erst in der für den 14.12.2017 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Dem wird einvernehmlich zugestimmt.

**12 Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der
Schöfferstadt Gernsheim
Beschlossen durch Magistrat am 15.11.2017
Vorlage: 0245/S/17**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt den beiliegenden Entwurf der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim.

Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (SPD)
Enthaltung : -

**13 Neufassung der Wasserversorgungssatzung zum 01.01.2018
Beschlossen durch Magistrat am 15.11.2017
Vorlage: 0251/S/17**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt den beiliegenden Entwurf der Wasserversorgungssatzung (WVS). Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Hebesatzsatzung und zur Haushaltssatzung 2018 vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017
Vorlage: 0234/S/17-01**

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Die Grundsteuer für Grundstücke (Grundsteuer B) unverändert zu belassen (Hebesatz 365 v.H.), die Gewerbesteuer auf 395 v. H.anzuheben.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 2 (SPD)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Enthaltung : -

**14 Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer –Hebesatzsatzung-
Beschlissen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0234/S/17**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beiliegenden Entwurf einer Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer -Hebesatzsatzung-.

Die Hebesatzsatzung gilt für das Haushaltsjahr 2018.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (SPD)
Enthaltung : -

**15 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2016 – 2021 einschließlich aller eingegangenen Anträge
Beschlissen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0235/S/17**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2016 – 2021.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (SPD)

**Bereitstellung von Haushaltsmitteln und die Aufnahme der Kosten für die Renovierung bzw. Neustrukturierung Stützpunktfeuerwache Gernsheim in die Investitionsplanung
Antrag der FDP-Fraktion vom 29.09.2017, eingegangen am 02.10.2017
Vorlage: 0236/S/17-01**

Der Antrag wurde vor dem Hintergrund, dass die Mittel zur Verfügung gestellt werden, seitens der FDP-Fraktion zurückgezogen.

**Beleuchtung öffentlicher Wege am Kaffeedamm
Antrag der FDP-Fraktion vom 09.11.2017, eingegangen am 10.11.2017
Vorlage: 0236/S/17-02**

Die FDP-Fraktion bittet Sie, nachstehenden Antrag zum Investitionshaushalt 2018 in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen:

„Der auf der zu diesem Antrag beiliegenden Skizze mit den Symbolen für Beleuchtungskörper gekennzeichnete öffentliche Weg und die Treppe vom Parkplatz zu den Sportplätzen am Kaffeedamm sind

a] mit einer ausreichenden Beleuchtung zu versehen

und

b] hinsichtlich möglicher Unebenheiten (Sturzgefahr) zu prüfen.

Dabei sind vorhandene Beleuchtungen am Sportplatz sowie am Weg parallel zum Sportplatz zu berücksichtigen. Der Umfang der Beleuchtung und dafür benötigten Geldmittel konnten nicht benannt werden und sind von dazu befähigten Einrichtungen vorzunehmen.

Im Rahmen der Aussprache in der Sitzung des Bauausschusses am 06.12.2017 wird vereinbart, die Stückzahl der Leuchten auf vier zu begrenzen und hierfür Euro 10.000,00 einzustellen.

Eine Abstimmung hierüber soll in der für 14.12.2017 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

**Anpflanzung einer Baumreihe entlang des Fuß-, Rad- und Wirtschaftsweges zwischen Klein-Rohrheim und Maria-Einsiedel
Antrag der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim vom 12.11.2017, eingegangen am 14.11.2017, Vorlage: 0236/S/17-03**

Die SPD-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim beantragt und bittet sowohl den OBR KRo als auch die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim mit der Anpflanzung einer Baumreihe auf der Südseite des Fuß-, Rad- und Wirtschaftsweges zwischen Klein-Rohrheim und Maria Einsiedel nach Fertigstellung der Ortsumgehungsstraße Klein-Rohrheim.

Die hierfür benötigten Mittel sind im Haushalt 2018 einzuplanen.

Dieser Antrag wurde bereits in der Sitzung des Ortsbeirates Klein-Rohrheim am 20.11.2017 seitens der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Klein-Rohrheim zurückgezogen.

**Radweg zwischen Mittelweg und Berleweg
Antrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld vom 13.11.2017, eingegangen am 20.11.2017
Vorlage: 0236/S/17-04**

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet den Ortsbeirat zu beschließen:

1. Die in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 eingestellten und genehmigten Mittel i.H.v. 210.000,00 Euro zur Realisierung eines Radweges zwischen dem Mittelweg und dem Berleweg sollen im Haushaltsjahr 2018 erneut eingestellt

werden.

2. Die Maßnahme soll in 2018 umgesetzt werden

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass die in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 eingestellten und genehmigten Mittel i. H. v. Euro 210.000,00 im Haushaltsjahr 2018 neu eingestellt werden.

Es besteht Einvernehmen, dass über diesen Antrag in der für 14.12.2017 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt werden soll.

Neuanlage des Europagartens mit Beregnungssystem im Rahmen eines Pilotprojektes
Antrag der SPD-Fraktion vom 20.11.2017, eingegangen am 22.11.2017
Vorlage: 0236/S/17-05

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Bei der Neuanlage des Europagartens soll dieser - im Rahmen eines Pilotprojektes - mit einem Beregnungssystem versehen werden.

Weiterhin soll geprüft werden, inwieweit bei Altanlagen (Grün-, Rasen-, Beetflächen) der nachträgliche Einbau einer Bewässerungsanlage möglich ist.

Hierzu sollten Ratschläge von Gärtnern bzw. Landschaftsarchitekten eingeholt werden. Die Mittel hierfür sind im Haushalt 57101 einzustellen.“

Herr Bürgermeister Burger verliest nachfolgenden Aktenvermerk der Bauverwaltung:

1. Eine Beregnungsanlage im Europagarten stellt aufgrund der Fläche (5800 qm) eine ungefähren Kostenrahmen von 30.000 € dar.
2. Die Lage (Tieflage , kaum Verdunstung durch Wind) und die Verschattung der angrenzend Bäume bilden kaum einen Bedarf für eine Bewässerungsanlage.
3. Im Sommer lassen sich so gut wie keine Trocknungsschäden an den Pflanzen feststellen.
4. Die derzeitige Planung zur Verschönerung im Rahmen des Stadtumbau Hessen sieht keine" empfindlichen" Pflanzen vor, die eine spezielle Bewässerung benötigen.
5. Eine solche Anlage muss regelmäßig gewartet werden und im Winter „frostfest“ umgestellt werden.
6. Um ein Pilotprojekt für Bewässerungssystem anzustoßen sollte ein anderer Platz oder Ort ausgewählt werden, der empfindlicher auf Austrocknungen reagiert (Blumenrabatten, Schöfflerplatz, Stadtbäume)

Nach den umfassenden Ausführungen des Bürgermeisters zieht Herr Jirele für die SPD-Fraktion den Antrag zurück.

Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2018

Vorlage: 0236/S/17-06

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt,

1. die Haushaltsansätze 2018 für die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und des Familienleistungsausgleichs an die Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2017 anzupassen. Die Erträge des Produkts 61101 sind bei Pos. 05 um 102.854 Euro zu erhöhen (Einkommensteuer, Umsatzsteuer). Die Erträge des Produkts 61101 sind bei Pos. 06 um 3.598 Euro zu senken (Familienleistungsausgleich).
2. die Umwandlung der seitherigen Beamtenstelle 1,0 A10 im Produkt 11107- Steueramt in eine Arbeitnehmerstelle 1,0 EG 9a im Produkt 11105-Finanzmanagement.
3. den Haushaltsansatz 2018 im Produkt 36101-Allgemeine Kindertagesstättenverwaltung in der Pos. 13 um 7.500 Euro zu reduzieren und gleichzeitig den Haushaltsansatz 2018 im Produkt 42101-Förderung des Sports in der Pos. 13 um 7.500 Euro zu erhöhen.
4. den Haushaltsansatz 2018 im Produkt 24201-Sicherstellung des Betreuungsangebotes an Schulen in Pos. 03 von 0 Euro auf 10.000 Euro zu erhöhen.
5. den Haushaltsansatz 2018 für die Hundesteuer im Produkt 61101 um 7.200 Euro zu erhöhen.
6. den Haushaltsansatz 2018 für die Erweiterung der Maria-Jockel-Kindertagesstätte bei der Investitionsnummer I-11108047 im Produkt 11108-Gebäudemanagement von 120.000 Euro auf 800.000 Euro zu erhöhen. Gleichzeitig ist der Haushaltsansatz des Jahres 2019 von 850.000 Euro auf 200.000 Euro zu senken.
7. für den Neubau der Brücke über den Fanggraben in der Hinteren Straße Mittel im Produkt 54101 in Höhe von 43.000 Euro einzuplanen.

Das ordentliche Ergebnis des Ergebnishaushalts verbessert sich durch die Veränderungen (Ziffern 1 bis 5) um insgesamt 116.456 Euro. Die Ziffern 6 und 7 berühren lediglich den Finanzhaushalt.

In der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Ziffer 7. folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Wir bitten folgenden Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Für den Neubau der Brücke über den Fanggraben in Aluminiumausführung in der Hinteren Straße sind Mittel im Produkt 54101 in Höhe 50.000 € einzuplanen.“

Herr Jirele beantragt eine getrennte Abstimmung über die Ziffern 1. bis 7.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 1.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen: -
Enthaltung : 2 (2 SPD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 2.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen: -
Enthaltung : 2 (2 SPD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 3.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (2 SPD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 4.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen: -
Enthaltung : 2 (2 SPD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 5.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (2 SPD)
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über Ziffer 6.: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen: -
Enthaltung : 2 (2 SPD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Ziffer 7.): Zustimmung

Ja-Stimmen : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 FDP)

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Vorlage der Verwaltung:
Zustimmung**

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (2 SPD)

16 **Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich aller eingegangenen Anträge**
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0236/S/17

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2018.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

im **Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis

| | | |
|--|-----|-------------------|
| mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf | | 28.064.240 |
| mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf | (-) | 28.034.893 |
| mit einem Saldo von | | 29.347 |

im außerordentlichen Ergebnis

| | | |
|--|-----|----------|
| mit dem Gesamtbetrag der <i>Erträge</i> auf | | 0 |
| mit dem Gesamtbetrag der <i>Aufwendungen</i> auf | (-) | 0 |
| mit einem Saldo von | (-) | 0 |

mit einem **Überschuss** von **29.347**

im **Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den *Einzahlungen und Auszahlungen* aus laufender Verwaltungstätigkeit auf **1.031.272**

und dem Gesamtbetrag der

| | | |
|--|-----|-------------------|
| <i>Einzahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf | | 5.775.449 |
| <i>Auszahlungen</i> aus <u>Investitionstätigkeit</u> auf | (-) | 12.139.059 |
| mit einem Saldo von | (-) | 6.363.610 |

| | | |
|---|-----|------------------|
| <i>Einzahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf | | 926.693 |
| <i>Auszahlungen</i> aus <u>Finanzierungstätigkeit</u> auf | (-) | 1.336.800 |
| mit einem Saldo von | (-) | 410.107 |

mit einem **Zahlungsmittelbedarf** des Haushaltsjahres von festgesetzt. (-) **5.742.445**

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2018 zur Leistung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 326.693 EUR festgesetzt.

Darin enthalten sind Kredite aus dem kommunalen Investitionsprogramm (KIP) in Höhe von 326.693 EUR.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Kassenkredite werden nicht beansprucht.

§ 5

Die Hebesätze werden durch die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer vom 15.12.2017 festgelegt. Ihre Höhe wird in dieser Haushaltssatzung nur nachrichtlich wiedergegeben.

| | |
|---|------------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | 380 |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 390 |
| 2. Gewerbesteuer auf | 380 |

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt an den Magistrat die Einzelentscheidung über die Aufnahme der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kredite bzw. die Umschuldungen gemäß § 50 der Hessischen Gemeindeordnung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

| | |
|--------------|---|
| Ja-Stimmen | : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP) |
| Nein-Stimmen | : - |
| Enthaltung | : 2 (SPD) |

Frau Vorsitzende Silvia Draut schließt um 20:53 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nicht öffentlichen Teil, nachdem die Zuhörer sowie der Vertreter der Presse den Sitzungssaal verlassen haben.

17 An- und Verkauf von Grundstücken

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schriftführerin